

## Aus dem Plenum

In den Plenarsitzungen vom 24. bis 26. März 2010 ging zunächst das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über den befriedeten Raum des Thüringer Landtags in die zweite Beratung. Anliegen des Aufhebungsgesetzes ist es, die so genannte Bannmeile um den Thüringer Landtag abzuschaffen, um den Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung auch in unmittelbarer Nähe des Parlaments zu gewährleisten. In der Schlussabstimmung wurde der Gesetzentwurf von den

Abgeordneten mehrheitlich angenommen. Erstmals beraten wurde das Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011, dessen Entwurf von der Landesregierung vorgelegt wurde. Beabsichtigt ist, das vom Bundesgesetzgeber erlassene Zensusgesetz 2011 vom 8. Juli 2009 zur Durchführung der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung um organisatorische und verfahrensrechtliche Bestimmungen zu ergänzen. Hierbei handelt es sich u.a. um die Verpflichtung der kreisfreien Städte und Landkreise zur ört-

lichen Durchführung sowie die Bestimmung der örtlichen Erhebungsstellen. Ebenfalls erstmalig beraten wurde das Dritte Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes, das auf Initiative der LINKEN eine Neuregelung der Unterbringung und Leistungsgewährung im Asylverfahren vorsieht. Die Thüringer Parlamentarier debattierten zudem die Entlastung der Landesregierung sowie des Thüringer Rechnungshofs für das Haushaltsjahr 2006, die Änderung der Thüringer Kommunalordnung

und des Thüringer Kommunalabgabengesetzes, die Situation am Erdfall Tiefenort einschließlich der wirksamen Hilfe für Geschädigte sowie die Stärkung des Landesforstbetriebs. Auf Antrag aller Fraktionen wurde die Beendigung der Tätigkeit des Wahlprüfungsausschusses festgestellt. Eine vollständige Übersicht aller behandelten Tagesordnungspunkte samt der zugehörigen Drucksachen ist in der Parlamentsdokumentation unter [www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de) einsehbar.

## Landtag präsentierte sich auf 20. Thüringen-Ausstellung

Die Landtagsverwaltung sowie die Fraktionen des Thüringer Landtags präsentierten sich auch in diesem Jahr auf der Thüringenausstellung in Erfurt, diesmal mit einem gemeinsamen Stand. Über den gesamten Messezeitraum vom 6. bis 14. März konnten sich die Besucher über den im letzten Jahr gewählten 5. Thüringer Landtag informieren.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses, zahlreiche Abgeordnete sowie Mitarbeiter der Fraktionen und der Verwaltung stellten sich auf der größten Verbrauchermesse des Freistaats den Fragen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

Auch die Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Hildigund Neubert, sowie die Bürgerbeauftragte des Freistaats, Silvia Liebaug, berichteten am Messestand des Landtags über ihre Arbeit. Im Rahmen einer Sprech- und Autogrammstunde kam Landtagspräsidentin Birgit Diezel (Foto unten) am



13. März mit den Besuchern ins Gespräch. Anschließend übernahm sie anlässlich des „Familientages“ im Foyer der Halle 1 die Kinderbetreuung. Für Unterhaltung sorgte dabei das Thüringen-Quiz von ‚kids interactive‘, mit dem junge Messebesucher, aber auch deren Eltern ihr Wissen über den Freistaat in vielen Kategorien auf die Probe stellen konnten.

Am Nachmittag verschaffte sich die Landtagspräsidentin bei einem Messerundgang einen Überblick über die Aussteller.

Bereits im Vorfeld hatte Frau Diezel die Schirmherrschaft des Jubiläumsballs zur feierlichen Eröffnung der Messe übernommen. In ihrem Grußwort würdigte sie besonders den großen Einsatz der Organisatoren und Helfer. Nur durch ihr Engagement könne die Thüringen-Ausstellung auch in den nächsten Jahren ihr hohes Niveau und ihre große Anziehungskraft behalten.

## Kurz gemeldet

Die Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Thüringer Landtags e.V. führte am 9. März 2010 ihre Jahresmitgliederversammlung durch. Gleichzeitig konnte das zehnjährige Jubiläum gefeiert werden: die Vereinigung besteht seit dem 3. Februar 2000. Ihr gehören derzeit 67 ehemalige Abgeordnete aller Fraktionen des Landtags an. +++ Landtagspräsidentin Birgit Diezel ist am 20. März 2010 in Schleiz erneut zur Vorsitzenden des Landesverbandes Thüringen der Bundesvereinigung Lebenshilfe gewählt worden. +++ Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Republik Belarus in der Bundesrepublik Deutschland, S. E. Andrei Giro, stattete Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 9. März 2010 seinen Antrittsbesuch ab. Giro hat sein Amt seit dem 3. September 2009 inne. +++ Die Pilotphase des Projekts „nelecom – Neue Lernkultur in Kommunen“ konnte am 15. März 2010 mit einer Veranstaltung im Plenarsaal des Thüringer Landtags abgeschlossen werden. Ziel des Projekts ist es, die Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schulen mit Institutionen und Partnern des sozialen Umfelds zu vernetzen und eine Lernkultur zu entwickeln, die auf individueller Förderung, wertschätzenden Sozialbeziehungen und regionaler Identität aufbaut.

## Aus der Arbeit der Ausschüsse

### Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur Anhörung zum Kindertageseinrichtungsgesetz

In seiner öffentlichen Sitzung am 18. März 2010 gab der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur rund 30 Sachverständigen, Interessenvertretern und Betroffenen die Gelegenheit, sich im Plenarsaal des Thüringer Landtags zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes zu äußern. Unter regem öffentlichen Interesse nahmen vorwiegend Vertreter kommunaler und sozialer Träger und Verbände Stel-

lung. Die Fraktionen der CDU und SPD sowie die Fraktionen der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten jeweils einen gemeinsamen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Der Ausschussvorsitzende Dr. Mario Voigt (CDU) dankte allen Beteiligten: „Die Anhörung hat in einer konstruktiven Atmosphäre stattgefunden und wichtige Anregungen gebracht, die bei der weiteren Beratung Berücksichtigung finden werden.“

### Strafvollzugskommission besucht Fachkrankenhaus Hildburghausen

Am 15. März 2010 besuchten die Mitglieder der Strafvollzugskommission des Thüringer Landtags in einer auswärtigen Sitzung das Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie in Hildburghausen. Nach einem Rundgang durch die Einrichtung führten die Abgeordneten Gespräche mit der Klinikleitung, den Ärzten und Therapeuten sowie den Patienten. Die Strafvollzugskommission des Landtags ist ein ständiger Unterausschuss des Petitionsausschusses. Die Kommission kann sich, auch ohne Ankündigung, vor Ort über die Untersuchungs- und Strafvollzugsanstalten Thüringens informie-

ren. Auch geschlossene Heil- und Pflegeanstalten oder ähnliche Einrichtungen des Landes dürfen besucht und die in ihnen verwahrten Menschen befragt werden.

Die Mitglieder der Kommission gedachten im Rahmen ihrer Visite auch der Opfer der nationalsozialistischen Euthanasiegesetze. Eine Gedenktafel erinnert seit August 2009 an 158 Patienten der Thüringischen Landesheil- und Pflegeanstalt Hildburghausen, die bis 1941 nach Sonnenstein/Pirna verbracht und ermordet wurden. Die Abgeordneten würdigten die Opfer mit der Niederlegung eines Blumengebindes.

## Hintergrund

Von den derzeit insgesamt 145 Landschaftspflegeverbänden in ganz Deutschland arbeiten allein 58 Verbände in den neuen Bundesländern. Sechs Verbände davon sind in Thüringen aktiv.

Ihre Tätigkeit koordiniert das **Projektbüro Thüringen**, Gerhard Gramm-Wallner, Alfred-Hess-Straße 8, 99094 Erfurt

**Tel.:** 0361 3025826,

**Mail:** gramm-wallner@lpv.de

**Web:** <http://www.thueringen.lpv.de/>

Nähere Informationen zu den einzelnen Landschaftspflegeverbänden erhalten sie unter:

- **Landschaftspflegeverband Thüringer Grabfeld e.V., Römhild** (Tel.: 036948 8296621, Mail: [lpvgrabfeld@t-online.de](mailto:lpvgrabfeld@t-online.de))
- **Landschaftspflegeverband Biosphärenreservat Thüringische Rhön e.V., Kaltensundheim** (Tel.: 036946 20656, Mail: [lpv.rhoen@t-online.de](mailto:lpv.rhoen@t-online.de))
- **Landschaftspflegeverband Thüringer Wald e.V., Friedrichshöhe** (Tel.: 036704 80597, Mail: [lpv.thueringer-wald@freenet.de](mailto:lpv.thueringer-wald@freenet.de))
- **Landschaftspflegeverband Mittelthüringen e.V., Weimar** (Tel.: 03643 419915, Mail: [lpv\\_mittelthueringen@freenet.de](mailto:lpv_mittelthueringen@freenet.de))
- **Landschaftspflegeverband Ostthüringer Schiefergebirge / Obere Saale e.V., Ranis** (Tel.: 03647 419101, Mail: [aho.sok.tuttas@web.de](mailto:aho.sok.tuttas@web.de))
- **Landschaftspflegeverband Altenburger Land e.V., Ponitz** (Tel.: 03762 6244651)

## Ausstellungen

### Landschaftspflegeverbände präsentieren sich



Der Duft frischen Heus begegnete den Besuchern und Beschäftigten des Thüringer

Landtags am 25. März 2010, sobald sie das Foyer des Gebäudes betraten. Ihre Aufmerksamkeit sollte damit auf eine neue Ausstellung im Eingangsbereich gelenkt werden, die Landtagspräsidentin Birgit Diezel am Rande der Plenarsitzung gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Verbandes für Landschafts-

Wie aus Fallobst wohlschmeckender Saft wird und dass die Natur für Kinder erst begreiflich wird, wenn sie sie tatsächlich anfassen können – all das will die Ausstellung ihren Besuchern vermitteln. Liebevoll erarbeitete Exponate, wie etwa die Baumbücher von Tanne, Fichte und Rosskastanie, füllen die Darstellung mit Leben.

Landtagspräsidentin Birgit Diezel, die die Schau mit einem Grußwort eröffnete, betonte den Stellenwert des Themas Artenschutz. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und



*Florian Meusel, neben seiner Aufgabe im Bundesverband auch Vorsitzender des Landschaftspflegeverbandes „Thüringer Wald e.V.“, dankte der zahlreich erschienenen Ministern und Abgeordneten des Landtags für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Jahren.*

pflüge, Florian Meusel, eröffnete. „Brückenbauer zwischen Mensch und Natur“ lautet der Titel der Schau, die die Arbeit der Thüringer Landschaftspflegeverbände auf anschauliche Weise vorstellt. Mit der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, die am 1. März 2010 in Kraft getreten ist, wurden die deutschen Landschaftspflegeverbände fest im Bundesrecht verankert. Aus diesem Anlass informieren die sechs Thüringer Verbände interessierte Besucher des Landtags über Ziele und Entwicklungen ihrer Arbeit. Seit nunmehr 20 Jahren zielen die Thüringer Landschaftspflegeverbände auf eine Synthese von Naturschutz, Landwirtschaft und Politik. Unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Bedürfnisse und Notwendigkeiten setzen sie sich auf kommunaler und regionaler Ebene für den Klima- und Artenschutz ein. Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei die Umweltbildung.

die Verpflichtung zu verantwortungsvollem und zukunftsorientiertem Handeln sei ein Verfassungsgebot und diene dem Wohle aller Menschen im Freistaat.

**Die Ausstellung ist bis zum 23. April 2010, Montag bis Freitag von 8.00 bis 18.00 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei.**



## CDU-Fraktion dringt auf besseren Schutz von Polizisten Besorgniserregende Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität

Angesichts der zunehmenden Übergriffe auf Polizisten dringt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Fiedler, auf einen besseren Schutz für Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte durch eine Strafrechtsnovelle.

Der Innenpolitiker hofft auf die Zustimmung der SPD für eine entsprechende Bundesratsinitiative. Laut Fiedler reicht dies alleine jedoch nicht aus. „Offenbar schwindet der

Konsens, dass Gewalt kein Mittel der Politik sein darf. Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgefordert, dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten“, sagte Fiedler mit Blick auf die jetzt vorgestellte Statistik zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) für 2009. Danach ist fast jedes vierte Opfer politischer Gewaltkriminalität ein Polizist. Auch in Thüringen scheint sich laut Fied-

ler nun zu bestätigen, was in deutschen Großstädten schon seit längerem zu beobachten ist. Immer häufiger werden Polizisten attackiert, vor allem durch Linksextremisten. Der CDU-Innenexperte sieht hier „vor allem DIE LINKE in der

für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit haben. „Die Zahlen zeigen deutlich, dass Extremisten unterschiedlicher politischer Färbung Menschenwürde und freiheitliche demokratische Grundordnung immer aggressiver in Frage stel-

### Politisch motivierte Kriminalität in Thüringen (2009)

	PMK-Rechts	PMK-Links
Propagandadelikte	841	12
Politisch motivierte Gewaltkriminalität	42	79
Sonstige staatsschutzrelevante Delikte	330	376

173 Personen wurden 2009 Opfer politischer Gewalt, darunter waren 14 Menschen nichtdeutscher Herkunft. In 94 Fällen handelte es sich um links motivierte Gewalttaten.

Verantwortung, klare Grenzen zu ziehen, statt diese Grenzen selbst auszureizen oder gar zu überschreiten.

Gewalt gegen Rechtsextremisten ist genauso wenig legitim wie rechtsextreme Gewalt selbst. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat“, unterstrich Fiedler. Die Statistik zur PMK muss nach Meinung Fiedlers auch Konsequenzen für das geplante Landesprogramm

len und politisch motivierte Kriminalität dabei ein wachsendes Problem ist. Es gilt, diese Herausforderung umfassend wahrzunehmen und die Bausteine eines Landesprogramms entsprechend auszurichten. Vor allem kommt es darauf an, die Regeln für ein gewaltfreies demokratisches Miteinander zu verinnerlichen“, sagte der Innenpolitiker abschließend.

## Kreisgebietsreform kann Landeskasse nicht entlasten Vergleich mit anderen Ländern soll Klarheit bringen

Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag lehnt eine Kreisgebietsreform ab, weil sie ihrer Überzeugung zufolge nicht mit Einsparungen für das Land verbunden ist. Das hat der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Fiedler, im Landtag erklärt. „Wenn Landkreise oder kreisfreie Städte Kreisgrenzen freiwillig und im Einvernehmen ändern wollen,



werden wir das gesetzgeberisch konstruktiv begleiten, aber wir werden keine Kreisgebietsreform auf den Weg bringen“, sagte Fiedler. Laut CDU-Fraktion ist bisher nicht plausibel nachgewiesen, dass größere Kreise zu nennenswerten Einsparungen in den Haushalten der Länder führen. Für das von der Landesregierung geplante Gutachten regte Fiedler (Foto) an, „die finanziellen Effekte genau zu prüfen, die sich aus Kreisgebietsreformen in anderen Ländern ergeben haben. Die CDU scheut diesen Vergleich

nicht, damit endlich Klarheit in die Diskussion kommt“, so der Innenexperte. Wie er weiter ausführte, will die CDU-Fraktion sich in der laufenden Wahlperiode vor allem auf die gemeindliche Ebene konzentrieren. „Wir haben mit der Thüringer Landgemeinde eine Gemeindeform in der Thüringer Kommunalordnung verankert, die Bürgernähe, effiziente Verwaltung und örtliche Gestaltungsspielräume gewährleistet. Unser Ziel ist eine möglichst große Zahl an Landgemeinden“, schloss Fiedler.

## Anteil der erneuerbaren Energie soll deutlich wachsen Ausweitung der Windparks dazu nicht erforderlich

Die Windenergie soll in Thüringen mit Augenmaß und mit Rücksicht auf die Natur- und Kulturlandschaft ausgebaut werden. Darauf hat die Sprecherin für Bau, Verkehr und Landesplanung der CDU-Landtagsfraktion, Christina Tasch (Foto), hingewiesen. Für eine Verdreifachung der Flächen für Windparks sei die CDU nicht zu haben, sagte Tasch mit Blick auf entsprechende Diskussionen.



Die CDU/SPD-Koalition strebt in Thüringen bis 2020 einen Anteil von 35 Prozent erneuerbarer Energie an der Stromproduktion und -nutzung an. Der Anteil wird nach Angaben des Landesamtes für Statistik mit 37,2 Prozent (2009) bereits überschritten. Die Windkraft hatte daran einen Anteil von rund 50 Prozent. „Aus den vorliegenden Daten ergibt sich für mich nicht, warum wir die Flächen für Windräder ausweiten müssen“, sagte der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Henry Worm. Nach seinen

Worten hat Thüringen mit zuletzt 18,8 Prozent den höchsten Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch in Deutschland. „Wir wollen diesen Anteil deutlich steigern, setzen dabei jedoch eher auf Biomasse“, so Worm. Wie Tasch hinzufügte, „kann man niemandem erklären, warum wir im Thüringer Wald bei der 380-KV-Leitung um landchaftsverträgliche Lösungen ringen, aber auf der anderen Seite die Zahl der die Landschaft verschandelnden Windräder verdreifachen sollen.“

Fraktion.DIE LINKE  
im Thüringer Landtag  
Geschäftsstelle  
Tel.: 0361 37 72300  
Fax: 0361 37 72416  
www.die-linke-thl.de

## Ausgaben für Kommunen und Kultur in Thüringen

„DIE LINKE will die Handlungsfähigkeit der Thüringer Kommunen sichern. Dazu sollen die Investitionspauschale in Höhe von 90 Mio. Euro wieder eingeführt und für die kommunalen Kultur-Ausgaben, wie z.B. Museen, Musikschulen und Bibliotheken, zusätzlich 10 Mio. Euro bereitgestellt werden“, so die Haushaltspolitikerin Birgit Keller. Die Fraktion will zudem die Jugendpauschale – wie auch im CDU-SPD-Koalitionsvertrag versprochen – von 11 auf 15 Mio. Euro erhöhen. Zur Deckung der Anträge sollen Einsparungen an anderen Stellen des Landeshaushaltes vorgenommen werden.

## „Mit Schrubber und Farbe unermüdlich gegen Naziparolen“ Irmela Schramms Ausstellung „Hass vernichtet“ in der Fraktionsgalerie

„Schrubben für Toleranz“, „Polit-Putze gegen Nazidreck“, „Mit Schrubber und Farbe gegen Naziparolen“ – so Schlagzeilen über das Engagement von Irmela Schramm. MdL Heidrun Sedlitz hatte sie bei der Eröffnung der Fotoausstellung in der Landtagsfraktion der LINKEN zitiert und die mehrfach ausgezeichnete Berlinerin gewürdigt, deren Ausstellung „Hass vernichtet“ bereits zum 336. Mal gezeigt wird.

Auch Bodo Ramelow kennt die unermüdliche, Hass-Schmierereien beseitigende Aktivistin schon länger und spricht „mit großer Hochachtung“ von ihr. 1998 hatte er sie ins Erfurter Gewerkschaftshaus eingeladen. Dass jetzt die Wiedereröffnung

des Galerieprojektes bei der LINKEN im obersten Stockwerk des Fraktionsgebäudes gerade mit ihrer Ausstellung erfolgt, darüber freue er sich



besonders, betonte der Fraktionschef. Irmela Schramm sorgt dafür, dass sich die Schmierereien ins Bewusstsein brennen, dass man nicht wegsehen darf, etwas dagegen tun muss, so wie er es vor einiger Zeit erlebte, als sie Krach schlugen

wegen der riesigen Lettern an einer Bahnbrücke bei Gräfenroda.

Ordnungsämter, Polizei und Justiz sind gesetzlich verpflichtet, gegen Nazi-Symbole vorzugehen, aber Woche für Woche entdeckt Frau Schramm neuen, unerträglichen Nazi-Dreck – oft auf Bahnhöfen und an öffentlichen Anlagen und Gebäuden. Hält sie mit der Farbspraydose dagegen, wird sie nicht selten angepöbelt. Aber es bleibe ihr ja nichts anderes übrig, wenn trotz Meldungen und Anzeigen die Schmierereien nicht beseitigt werden.

Dieses „Ich-bin-nicht-zuständig“, das kann sie nicht mehr hören.

Dazu auf der Internetseite der Linksfraction ([www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)) ein Video sowie Fotos.

## Von der Ausschuss-Begleitung bis zum Wahlkreis-Besuch

Es ist Praktikumszeit, und auch in der Landtagsfraktion der LINKEN sind in diesen Wochen verstärkt junge Leute an der Seite der Abgeordneten zu sehen, wie hier im Foto während der Anhörung



des Bildungsausschusses zum Kindertageseinrichtungsgesetz am 18. März im Plenarsaal

des Thüringer Landtags neben der LINKEN-Abgeordneten und Mitglied im Bildungsausschuss,

ten die Abgeordneten auch zu außerparlamentarischen Terminen in ihren Wahlkreisen.

Susanne Henig (rechts), die Praktikantinnen Sarah Kalusok, Carolin Ruffert und Susanne Metzler. Sie erhalten Einblick in die parlamentarischen Abläufe, lernen die Arbeit der Fraktion kennen und begleiten die Abgeordneten auch zu außerparlamentarischen Terminen in ihren Wahlkreisen.

## Eine einmalige Chance, die wir nicht verspielen dürfen

**NACHGEFRAGT bei Margit Jung, Familienpolitikerin der Linksfraction**

Im Landtag werden die Gesetzentwürfe für eine bessere Familienpolitik beraten. Außerparlamentarisch macht das Volksbegehren Druck. Wird es also bald bessere Bedingungen in den Thüringer Kindertagesstätten geben?

Das Volksbegehren, in dessen Trägerkreis wir als LINKE von Anfang an mitgearbeitet haben, wird auf jeden Fall so lange weitermachen, bis seine Ziele umgesetzt sind. Hätte es nicht schon all die Jahre den Druck der Volksbegehrensinitiative gegeben, wäre es gar nicht bis



hierher gekommen, würde es den CDU-SPD-Gesetzentwurf so nicht geben. Unsere Skepsis

ist trotzdem groß. Wir haben noch immer keine Klarheit, was die Finanzierung betrifft.

**Wie ist jetzt der Stand beim Volksbegehren?**

Ich schätze, dass bis Ende März rund 50.000 Bürger unterschrieben haben. Jede Unterschrift zählt. Wenn es jetzt nicht gelingt, die Rahmenbedingungen in den Kitas zu verbessern, dann verspielen wir die Zukunft für unsere Kinder, dann wird auf lange Zeit nicht qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung in den Einrichtungen gesichert werden können.

## LINKS wirkt ...

An verschiedenen Entscheidungen und Beschlüssen der Thüringer CDU-SPD-Koalition zeigt sich, dass „LINKS wirkt“, wie Fraktionschef Bodo Ramelow betont. So wurde mit der Abschaffung der Bannmeile um den Thüringer Landtag einer langjährigen Forderung der PDS- bzw. LINKE-Fraktion entsprochen. Nach massiver Kritik der LINKEN hat die Landesregierung angekündigt, sich im Bundesrat für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz beim Schulessen einzusetzen. Bereits 2004 hatte die Fraktion Grundzüge für eine Verwaltungs- und Gebietsreform vorgestellt. Inzwischen machen die Kommunen, vor allem aus Südthüringen, Druck und fordern ein Konzept des Landes. Letztes Beispiel: Die Wiedereinführung der Stichwahlen in den Kommunen, die zu den ersten LINKE-Initiativen nach der Landtagswahl gehörte. Da CDU und SPD ihr nicht zustimmen wollten, hatte die Landesregierung einen inhaltlich identischen Gesetzentwurf vorgelegt. („LINKS wirkt...“ im Internet ausführlich)

## Bekannte Gesichter auf Werbetour für den Freistaat

**Prominenz aus Thüringen auf der Internationalen Tourismus-Börse im März in Berlin:**

Gothas Oberbürgermeister Knut Kreuch, Bärbel Grönegres (Geschäftsführerin der Thüringer Tourismus GmbH), Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig, der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Baumann (Sprecher für Tourismus der SPD-Fraktion), die ehemalige Bundestagsabgeordnete Petra Heß sowie Thomas Schulz, Bürgermeister von Oberhof (v. l. n. r.), warben auf der weltgrößten Tourismusausstellung für den Freistaat Thüringen. „Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in



Thüringen“, so der SPD-Landtagsabgeordnete Rolf Baumann, „die Landesregierung

hat sich auf die Fahnen geschrieben, unseren Freistaat noch bekannter zu machen.“

## SPD-Kommunalpolitiker Hey: Gewerbesteuer muss erhalten und gestärkt werden Gebietsreform: SPD-Fraktion will pragmatische Debatte in Koalition

„Statt über eine Abschaffung der Gewerbesteuer sollte über deren Modernisierung nachgedacht werden“, so der SPD-Landtagsabgeordnete Matthias Hey (Foto) in der Landtagsdebatte über eine mögliche Abschaffung der Gewerbesteuer. Mit dem Verweis auf einen Vorschlag von FDP und Teilen der Union im Bund, die Gewerbesteuer abschaffen zu wollen, warnt Hey vor weiteren dramatischen Einnahmeverlusten der Kommunen, würde der Plan Realität. Hey plädiert stattdessen für eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer durch Einbeziehung weiterer Einkommensgruppen. Vor dem Hintergrund der Arbeit der von der schwarzgelben Regierungskoalition im Bund eingesetzten Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen, warnt der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag vor einer „Alibi-Veranstaltung“.

Diese diene allein dem Ziel, Besserverdienende und Unternehmen weiter zu entlasten und



einen Steuersenkungswettbewerb in Deutschland in Gang zu setzen. Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz für die Hotelloobby offenbare bereits die politischen Präferenzen der derzeitigen Regierungskoalition.

### Sachliche Debatte angemahnt

In der derzeitigen Diskussion um eine mögliche Gebietsreform im Freistaat Thürin-

gen mahnt der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion eine pragmatische und sachorientierte Debatte an. „Uns bringt kein kategorisches Ja oder Nein weiter, sondern eine offene und schonungslose Betrachtung der derzeitigen Situation, um die richtigen Schlüsse ziehen zu können.“ Hey verweist dabei auf den Koalitionsvertrag, in dem sich beide Regierungsparteien auf ein Gutachten geeinigt haben, dessen Auswertung die weiteren Maßnahmen der Landesregierung beeinflusst. Vor allem bezweifelt Hey einen immer wieder von Reformgegnern ins Feld geführten Verlust an Bürgernähe und höhere Kosten durch geänderte Strukturen. „Wenn vor allem das letztere zuträfe, weshalb sind dann andere Bundesländer diesen Weg der Gebietsreform gegangen und haben durchweg positive Auswirkungen in ihren Landeshaushalten erzielt“, fragt der Abgeordnete.

## Metz hofft auf sozial verträgliche Mieten in Wohnheimen

Die nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung geplanten Mittelaufstockungen beim Hochschulbau (12 Millionen Euro) und bei der Förderung studentischen Wohnens (2 Millionen Euro) begrüßt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Peter Metz (Foto). „Dass es trotz schwieriger allgemeiner Haushaltslage in beiden



Bereichen zu einer deutlichen Ausgabensteigerung kommen soll, ist ein wichtiges Signal“, sagt Metz. Nun werde endlich begonnen, den in den vergangenen Jahren entstandenen Investitionsstau bei der baulichen Ausstattung des Campus Thüringen und beim Wohnheimbau schrittweise aufzulösen. Deshalb tritt der Abgeord-

nete dafür ein, auch in den kommenden Jahren zusätzliche Landesmittel für diese Zwecke einzusetzen. „Für umfassende Verbesserungen beim Hochschulbau und beim studentischen Wohnen braucht es finanziell einen längeren Atem“, ist sich Metz sicher. Wichtig ist dem Abgeordneten zudem, dass die Mieten in den Studentenwohnheimen auf lange Sicht sozial verträglich bleiben.

## SPD-Fraktion begrüßt Beteiligung des Freistaats am Kauf von Steuer-CD

SPD-Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde ist froh darüber, dass sich der Freistaat am Kauf der CD mit Daten von deutschen Steuerbetrüglern beteiligt. „Damit ist eine Forderung der SPD erfüllt worden“, sagt Pidde, der Thüringens Finanzministerin Walsmann aufgefordert hatte, den Kauf mit Geld aus Thüringen zu bezuschussen. „Die Landesregierung muss ein deutliches Zeichen setzen, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt, sondern ein kriminelles Vergehen ist, das mit den zur Verfügung stehenden Mitteln verfolgt und geahndet wird. Eine Beteiligung am Kauf der Daten von Steuerbetrüglern halte ich deshalb nicht nur für notwendig, sondern für unabdingbar“, so die Argumente des Finanzpolitikers für den Kauf.

## Abschaffung der Bannmeile: Gut für mehr Demokratie

„Mit der Abschaffung der Bannmeile haben wir einen echten Pluspunkt für mehr Demokratie in Thüringen gesammelt.“ Mit diesen Worten hat SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel das positive Votum des Landtags für eine rasche Abschaffung der Bannmeile am den Landtag kommentiert. 19 Jahre lang waren Demonstrationen in diesem Bereich verboten. Bereits bei einer Anhörung im Landtag sei deutlich geworden, dass die Abschaffung der Bannmeile allein aus verfassungsrechtlicher Sicht geboten sei, so Gentzel. Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigten zudem, dass auf Bannmeilen um Landtage ohne Not verzichtet werden könne. „Selbst in den Behörden, die für die Umsetzung des Versammlungsrechts zuständig sind, sieht man in der Abschaffung der Bannmeile keine Probleme“, sagt der Innenpolitiker.



**FDP-Fraktion  
im Thüringer Landtag**  
Pressestelle  
Tel.: 0361 37 72780  
Fax: 0361 37 72705  
www.thl-fdp.de

**Sicherheit für Biker  
Motorradfahrer durch  
Winterschäden gefährdet**

Der Frühlingsbeginn ist auch Auftakt der Motorradsaison. „Für Motorradfahrer stellt dies regelmäßig eine besondere emotionale Situation dar. Umgekehrt sind die Autofahrer aufgefordert, sich an die zusätzlichen Verkehrsteilnehmer zu gewöhnen“, weiß der FDP-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Uwe Barth, aus eigener Erfahrung als leidenschaftlicher Motorradfahrer.

„Leider passieren Jahr für Jahr zum Saisonbeginn wieder zahlreiche Unfälle mit schwersten Personenschäden für Motorradfahrer. Neben riskanter Selbstgefährdung sind auch unterschiedliche Straßenzustände häufige Unfallursache.“ Wegen der immensen Winterschäden auf Thüringer Straßen sieht die FDP-Fraktion in diesem Jahr ein zusätzliches Gefahrenpotenzial für die Biker und fordert die Landesregierung zum schnellen Handeln auf.

Mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung will Barth auf die Problematik hinweisen und Auskunft über Unfallschwerpunkte und Schutzvorkehrungen erhalten.



Im Landtagswahlkampf war Fraktionschef Uwe Barth (r. i. B.) zusammen mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Hermann Otto Solms mit dem Motorrad auf Thüringens Straßen unterwegs.

**„Gläserne Fraktion“ traf auf großes Interesse  
Liberaler Landespolitik auf der Thüringen-Ausstellung präsentiert**

Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten intensiv mit den Bürgern ins Gespräch kommen – dieses Ziel hatte sich die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag mit ihrer Teilnahme an der 20. Thüringen-Ausstellung gesetzt. Die Fraktion war deshalb mit einem eigenen Programm und Informationsstand auf der größten Verbrauchermesse Thüringens vom 6. bis 14. März in der Messehalle Erfurt präsent.

Welche parlamentarischen Gremien und Verfahren gibt es? Wie entstehen Gesetze? Welche Aufgaben hat die Opposition und wie sieht der Wochenplan eines Abgeordneten aus? Einblicke in das Innenleben einer Landtagsfraktion, sozusagen eine „gläserne Fraktion“, konnten Politikinteressierte in den Gesprächen mit den FDP-Parlamentariern und im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung am 10. März erleben. Die Messebesucher nutzten intensiv die Gelegenheit, am Stand in der Messehalle 1 mit den Abgeordneten der liberalen Fraktion über die aktuellen landespolitischen Themen Gemeinschaftsschule, Kreisgebietsreform und Wirtschaftsförderung zu diskutieren. „Wir haben damit unsere Reihe von auswärtigen Fraktionssitzungen gestartet, mit der wir künftig zusammen

mit den Kreisverbänden vor Ort interessierten Bürgerinnen und Bürgern Einblicke in unsere politische Arbeit gewähren wollen“, so der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth. Eberhardt Kreuzer, Gründer der Thüringen-Ausstellung und seit 20 Jahren Veranstalter der

tions- und Gesprächsangebote. Die FDP-Fraktion hatte sich darüber hinaus aber auch noch mehr einfallen lassen. Politikinteressierte konnten bei einem Quiz den Fraktionspreis für einen exklusiven Erlebnistag im politischen Erfurt sowie zwei Reisen nach Berlin gewinnen.



Die FDP-Fraktion stellte sich im Rahmen ihrer Fraktionssitzung am Stand auf der Thüringen-Ausstellung am 10. März den Fragen der Besucher.

Messe, begrüßte die Initiative der FDP. „Das gesprochene Wort und der direkte Kontakt mit den Ausstellern wird für die Besucher immer wichtiger“, sagte er im Rahmen der Fraktionssitzung. In den letzten Jahren habe sich das Interesse der Besucher der Ausstellung gewandelt. „Schautafeln sind out, der persönlichen Kommunikation gehört die Zukunft“, so Kreuzer. Die Angebote im Dienstleistungssektor seien besonders nachgefragt. Dazu gehörten auch politische Informa-

Der 68-fache DDR-Nationalstürmer Peter Dücke besuchte auf Einladung des FDP-Abgeordneten Heinz Untermann den Stand, wo er sich zusammen mit dem sportpolitischen Sprecher Marian Koppe den Fragen stellte. Vera Hohlfeld, die erfolgreiche Profiradrennfahrerin, Viertplatzierte der Olympischen Spiele von Atlanta und mehrfache Deutsche Meisterin, fachsimpelte mit Olympiasieger Nils Schumann über ihre neue Aufgabe als Leiterin der Thüringen-Rundfahrt der Frauen.

**FDP sorgt sich um die Zukunft der Kommunen  
Gebietsreform und Gemeindefinanzen in der Diskussion**

Im Mittelpunkt der Plenarsitzung im März standen für die FDP-Fraktion kommunalpolitische Themen. Zum Auftakt fand auf Antrag der FDP-Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema Gebietsreform statt. „Nach den unterschiedlichen Verlautbarungen der Koalitionspartner in der Öffentlichkeit wollten wir die Landesregierung zwingen, Farbe zu bekennen“, begründete der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth den Antrag. Er sprach sich in der Debatte erneut „gegen eine Gebietsreform von oben“ aus. „Wir glauben nicht, dass größere

Strukturen wirklich wirtschaftlicher sind.“ Barth begrüßte die Zustimmung der CDU-Fraktion zur FDP-Position, die sich durch ihren innenpolitischen Sprecher zum Erhalt der „bestehenden effizienten, wirtschaftlichen und bürgernahen Landkreisstrukturen in Thüringen“ bekannte.

Der Landtag debattierte außerdem über die Neuordnung der Gemeindefinanzen. Angesichts der dramatischen Finanzlage der Kommunen sei es richtig, jetzt die grundsätzliche Lösung des Problems anzugehen,

begrüßte der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dirk Bergner die Einsetzung der Reformkommission auf Bundesebene. „Die Gewerbesteuer hat sich als unzuverlässig erwiesen“, sagte er im Plenum. Die FDP fordert, die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen. „Ein eigenes Hebesatzrecht schafft echten Wettbewerb zwischen den Gemeinden und Transparenz für Bürgerinnen und Bürger.“

## Editorial



In der Natur brechen derzeit überall die grünen Knospen und Blätter durch. Und auch im Landtag wird das Grün immer deutlicher. Als kleinste Fraktion haben wir vier Anträge in

das vergangene Plenum eingebracht und damit, wie die Debatten zeigten, gleich mehrere Nägel auf den Kopf getroffen.

So brachen aufgrund unserer Initiative zum „Equal Pay Day“ Dämme, die jahrzehntelang den Unmut über die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern zurückhielten. Von Seiten der Linken gab es viel Unterstützung und selbst der SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig hielt die Situation für „skandalös“. Dass dies Liberale und Christdemokraten anders sahen, sagt weniger über die zum Teil

prekäre Lage der betroffenen Frauen als vielmehr die verschobene Gesellschaftsvorstellung dieser Parteien aus.

Bleibt zu fragen, warum in Thüringen bislang so wenig vom „Equal Pay Day“ zu hören war. Offenbar brauchte es auch da den grünen Impuls, um Denkprozesse, Diskussionen und hoffentlich auch politische Konsequenzen anzustoßen. Wenn die grüne Saat schon jetzt so kräftig sprießt, dürfen wir auf die Ernte gespannt sein.

*Ihre Anja Siegesmund,  
Fraktionsvorsitzende*

## Bahn und Bus aus einem Guss

Thüringen braucht einen Takt. Das Angebot und die Vertaktung im öffentlichen Nahverkehr sind im Freistaat unzureichend. Unsere Fraktion legte einen Antrag vor, um eine Diskussion anzustoßen: Wie können wir den Nahverkehr so organisieren, dass Bus und Bahn konsequent vertaktet werden? Jennifer Schubert machte im Ple-

num deutlich, dass es nicht ausreicht, das Verkehrsangebot auf der Schiene zentral zu koordinieren, während es für die Buslinien keine übergeordnete Planung gibt. Zwar fixierte die Koalition Handlungsbedarf im Nahverkehr in ihrer Koalitionsvereinbarung – doch verweigert sie sich sogar der Diskussion im Ausschuss. Genauso achselzu-

ckend nimmt die Landesregierung hin, dass einzelne Landkreise dem Verkehrsverbund Mittelthüringen nicht beitreten, anstatt wie beim Start des VMT im Jahr 2006 die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass Sie nicht aus dem Bahnhof kommen und die Rücklichter des Busses sehen.

## Thüringen braucht eine zentrale Energie-, Klima- und Greentech-Agentur

Entgegen den Äußerungen im Koalitionsvertrag soll es in Thüringen eine Klima- und Energieagentur sowie eine Energie- und Greentech-Agentur geben. In einer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde in der Landtags-sitzung am 24. März wurden die Widersprüchlichkeiten dieses Vorgehens der Landesregierung thematisiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen generell

die Einrichtung einer Thüringer Agentur, die eine umfassende Vernetzung von Wirtschaft, Forschung und Beratung gewährleistet. Es ist aber gleichzeitig nicht nachvollziehbar, weshalb der komplexe Ansatz, der in Thüringen bisher völlig fehlte, durch die Einrichtung von zwei Agenturen wieder aufgehoben wird. Der energiepolitische Sprecher Dirk Adams stellte klar, dass Parallelstrukturen trotz Spar-

zwängen zu höheren Ausgaben führten. An dieser Stelle brechen die Widersprüche einer Koalition auf, bei der sich die Eitelkeiten der einzelnen Ressortleiter gegen eine vernünftige Lösung durchsetzen. Am Ende bekommen Minister Reinholz und Minister Machnig je eine Agentur und verpassen dabei den großen Wurf einer gemeinsamen Energie-, Klima- und Greentech-Agentur für Thüringen.

## Waldpolitik verlangt langfristiges Denken und Handeln

Der Umweltausschuss hat am 19. März in Saalburg-Ebersdorf zum Thema „Eine nachhaltige Wald-, Forst- und Holzwirtschaft in Thüringen sichern“ getagt.

Dazu resümierte Dr. Frank Augsten: Thüringen braucht auch in Zukunft eine starke Forstverwaltung, um den vielfältigsten Aufgaben, von der Nutzung bis zum Naturschutz, gerecht zu werden. Die derzeitige Organisationsstruktur der Thüringer Forstverwaltung hat sich bewährt und muss erhalten bleiben. Der Freistaat muss sich auch seiner Verantwortung zum Erhalt der Artenvielfalt stellen.

Die Erfüllung der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung – fünf Prozent der Gesamtwaldfläche aus der Nutzung zu nehmen – ist rasch zu realisieren. Viele Arten sind auf ungenutzte Wälder und eine natürliche Walddynamik angewiesen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet nachhaltige Waldbewirtschaftung auch, der stofflichen Nutzung den Vorrang vor der energetischen Nutzung des Holzes zu geben.

## Kultur des Zuhörens und Hinschauens stärken

### Für mehr Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und Schulsozialarbeit an Thüringens Schulen

Thüringen ist im europäischen Vergleich Schlusslicht im Bereich Schulpsychologie. Ein Schulpsychologe betreut in Thüringen 16.500 Kinder und damit circa 69 Schulen. Auch in der Schulsozialarbeit sieht es in Thüringen nicht besser aus. So gibt es derzeit nur 50 Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit. CDU und SPD haben zwar im Koalitionsvertrag vereinbart, gemeinsam Schulsozialarbeit und Schulpsychologie zu stärken. Doch sie tun nichts dafür. Im Haushaltsentwurf finden sich keine Neueinstellungen. Auch bei der Schulsozialarbeit werden nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Zudem gibt es immer wieder Schwierigkeiten in punk-

to Kooperation von Schule und Jugendhilfe.

„Wir fordern eine Kultur des Zuhörens und Hinschauens an Thüringer Schulen. Diese soll durch mehr professionelles Personal unterstützt werden“, betont die bildungspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag, Astrid Rothe-Beinlich. Dafür müssen mehr Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter eingestellt werden. Nach einem ersten Berichts-antrag im Thüringer Landtag werden jetzt im Rahmen der Haushaltsdebatte ganz konkrete Vorschläge von der grünen Fraktion gemacht, um die Situation an Thüringer Schulen zu verbessern.



Die Fraktionsvorsitzende Anja Siegesmund beteiligte sich am 18. März an einer Demonstration des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen - damals noch außerhalb der Bannmeile.

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: buergerbeauftragte@landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz  
www.thueringen.de/datenschutz  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Verantwortlich:**  
Dr. Rainer Kipper

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
Thüringer Druckhaus  
Gast & Frisch GmbH,  
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004  
pressestelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringer-landtag.de



## Die Bürgerbeauftragte

### Bürgerbeauftragte übergibt Jahresbericht 2009

Am 10.03.2010 hat die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Silvia Liebaug, der Präsidentin des Thüringer Landtags, Birgit Diezel, ihren Bericht über die Tätigkeit für das Jahr 2009 übergeben.

Der Bericht ist auch im Internet veröffentlicht und steht allen Interessierten unter [www.bueb.thueringen.de](http://www.bueb.thueringen.de) zur Verfügung. Von den 2009 neu eingegangenen 654 Vorgängen wurden im Berichtszeitraum selbst bereits 87 % abschließend bearbeitet.

Bei den eingegangenen Vorgängen stand an erster Stelle



le der Bereich Soziales, Familie und Gesundheit (130 Vorgänge) und an zweiter Stelle der Bereich Bau und Verkehr (103 Vorgänge). An Dritter Stelle folgte der Bereich Grundsicherung und Arbeitsamt mit 97 Vorgängen und an vierter Stelle der Bereich kommunale Angelegenheiten mit 77 Vorgängen, wobei der Großteil auf den Bereich Kommunalabgaben (58 Vorgänge) entfiel. Im Jahr 2009 führte die Bürgerbeauftragte insgesamt 31 Ortstermine durch.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Der politische Prozess gegen Manfred Smolka Die Hintergründe des Todesurteils vom 29.04.1960

Hierzu führt die Landesbeauftragte gemeinsam mit der BStU-Außenstelle Erfurt eine Informationsveranstaltung durch.

Vor genau 50 Jahren kam es zu einem der 52 eindeutig belegten „politischen“ Todesurteile der DDR-Justiz. Vor Gericht stand ein 29-Jähriger, dem man vorwarf, nach seiner Flucht in den Westen Militärgesheimnisse verraten zu haben, die er während seiner Dienstzeit als Grenzzoffizier erfahren hatte, und sich – mit dem Vorschlag zum Verbringen einer Atemschutzmaske in den Westen – der potentiellen Mitschuld am möglichen Tod von Millionen schuldig gemacht zu haben. Smolka war beim Treffen mit seiner Frau in Grenznähe aufgegriffen, in die zentrale Stasi-Haftanstalt gebracht

und dort intensiv verhört worden. Im von Mielke unterzeichneten Prozess-Vorschlag heißt es: „Das Verfahren ist geeignet, aus erzieherischen Gründen gegen Smolka die Todesstrafe zu verhängen.“ Noch während des laufenden Prozesses kam ein Bote aus Berlin mit Hinweisen zur Prozessführung.

Der Vortrag widmet sich folgenden Fragen:

- Wer hat das Todesurteil beschlossen?
- Wie fügt sich der Prozess gegen Smolka in die 1960er politische Strafverfolgung ein und warum wurde ausgerechnet gegen Smolka ein Todesurteil gesprochen?
- Wie verlief der Prozess in Erfurt?
- Welche Rolle spielte die Staatssicherheit in dem Verfahren?

Die Tonaufzeichnungen der Hauptverhandlung existieren noch – Auszüge aus der Anklageerhebung, der Angeklagtenbefragung und Urteilsprechung werden im Rahmen des Vortrags zu Gehör gebracht.

1994 wurde gegen den damaligen Staatsanwalt Wieseler ein Strafprozess wegen Rechtsbeugung anberaumt und ein Urteil gesprochen.

Hierzu referiert die Referentin für historische Aufarbeitung und politische Bildung der Landesbeauftragten, Frau Dr. Andrea Herz.

Bild-Vortrag mit Ton-Passagen aus dem Prozess und Gespräch

**Donnerstag 08.04.2010,  
19.30 Uhr  
Kleine Synagoge  
An der Stadtmünze 5, Erfurt**

## Der Datenschutzbeauftragte

### Datenschutzbeirat konstituiert

Nachdem in der Landtagssitzung am 25. Februar 2010 die sechs vom Landtag zu bestellenden Mitglieder des Beirats beim Landesbeauftragten für den Datenschutz sowie deren sechs Stellvertreter gewählt worden sind, fand am 24. März 2010 die konstituierende Sitzung statt. Der Beirat hat nach § 41 Abs. 3 ThürDSG die Aufgabe, den Landesbeauftragten für den Datenschutz in seiner Arbeit zu unterstützen. Dabei darf

die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten nicht beeinträchtigt werden. Im Beirat sind nicht alle im Landtag vertretenen Fraktionen repräsentiert. Im Gegensatz zu vergleichbaren Gremien in Bayern und Rheinland-Pfalz enthält § 41 ThürDSG keine Regelung, wonach es ermöglicht wird bzw. sogar verpflichtend ist, dass jede Fraktion mindestens ein Mitglied im Beirat stellt. Dies sollte bei der angekündi-

gten Novelle des Thüringer Datenschutzgesetzes ebenfalls erwogen werden, um zu verhindern, dass, wie derzeit der Fall, eine Fraktion (hier die FDP-Fraktion) nicht in diesem Gremium vertreten ist. Zum Vorsitzenden wurde erneut der Abgeordnete Fritz Schröter (CDU) gewählt, der dieses Amt bereits in der letzten Legislaturperiode ausgeübt hat, zur stellvertretenden Vorsitzenden die Abgeordnete Dorothea Marx (SPD).